

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 89. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. März 2008, 10 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Anette Langner (SPD)	i. V. von Birgit Herdejürgen
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	i. V. von Holger Astrup
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Messehalle Husum</b>	<b>5</b>
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/2887	
<b>2. Finanzierungshilfen des Landes für Investitionen von Unternehmen</b>	<b>6</b>
Antrag der Abg. Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/2911	
<b>3. Privatisierung der Spielbanken Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1834	
(überwiesen am 29. Februar 2008 an den <b>Finanzausschuss</b> und den Innen- und Rechtsausschuss)	
<b>4. Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebens- partnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1887	
(überwiesen am 29. Februar 2008 an den <b>Finanzausschuss</b> und den Innen- und Rechtsausschuss)	
<b>5. Stand der Steuerfahndung und aktuelle Erkenntnisse über Ausmaß und Verfolgung der Liechtenstein-Affäre in Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2919	

**6. Information/Kenntnisnahme** **11**

Umdruck 16/2816 - Fraunhofer-Institut in Lübeck  
Umdruck 16/2817 - Waisenrente  
Umdruck 16/2818 - Beihilfe  
Umdruck 16/2884 - Giftstoffe in der Lübecker Bucht  
Umdruck 16/2885 - Personalhaushalt der Hochschulen  
Umdruck 16/2889 - PERMIS  
Umdruck 16/2894 - Anwärtersonderzuschläge Justizvollzug  
Umdruck 16/2925 - Staatsanwaltschaftliche Vorprüfungen  
vertraulicher Umdruck 16/2858 - Partikeltherapiezentrum in Kiel

**7. Verschiedenes** **13**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Messehalle Husum**

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr  
Umdruck 16/2887

M Austermann führt aus, die Stadt Husum habe in einem Gespräch Anfang März ihr neues Konzept für die Messehalle vorgestellt, die bis zum Jahr 2010 fertiggestellt sein solle und deren Gesamtkosten gegenüber der bisherigen Planung in Höhe von 11 Millionen € plus Außenanlagen auf 17,7 Millionen € plus Außenanlagen angestiegen seien. Man habe sich mit der Stadt Husum darauf verständigt, die Gesamtkosten auf maximal 15 Millionen € und die staatliche Förderung auf höchstens 12 Millionen € zu begrenzen. Zusätzliche Kosten hätte allein der Bauherr zu tragen. Mit der Förderung dürften Verpflichtungen aus der Vergangenheit gegenüber der Stadt Husum für den Ausbau des Hafens und andere Investitionen abgegolten sein. Sobald die überarbeitete Planung für die Messehalle vorliege, werde der Finanzausschuss darüber unterrichtet.

Auf Fragen der Abgeordneten Heinold und Spoorendonk zur Wirtschaftlichkeit erwidert der Minister, nach Aussage der Machbarkeitsstudie werde sich die Halle tragen, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Stadt derzeit für den Betrieb der bisherigen Irene-Tordsen-Halle, die abgerissen werde solle, jährlich einen Betrag von über 300.000 € aufzuwenden habe. Man gehe davon aus, dass eine zusätzliche Belastung für die Stadt Husum durch den Neubau des Kongresszentrums nicht entstehen werde. Das neue Kongress- und Veranstaltungszentrum sei insbesondere für die HUSUMwind von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Vorsitzende bittet den Wirtschaftsminister, den Finanzausschuss zeitnah über das neue Konzept des Kongress- und Veranstaltungszentrums in Husum inklusive der Kosten zu informieren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Finanzierungshilfen des Landes für Investitionen von Unternehmen**

Antrag der Abg. Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Umdruck 16/2911

Der Berichtsantrag von Abg. Heinold, Umdruck 16/2911, wird einstimmig angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Privatisierung der Spielbanken Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1834

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Auf Antrag von Abg. Dr. Klug kommt der Finanzausschuss überein, bis Ende April schriftliche Stellungnahmen zu dem FDP-Antrag einzuholen.

St Dr. Wulff weist darauf hin, die Konzessionen liefen zwischen 2011 und 2015 aus. Nach dem bisherigen Spielbankengesetz müssten die Spielbanken in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft betrieben werden. Die Gespräche über eine Gesetzesänderung habe man im Zusammenhang mit der Diskussion über den Glücksspielstaatsvertrag ausgesetzt; das Thema sei für die Landesregierung allerdings nicht erledigt, man arbeite an einer Gesetzesnovellierung. Hinsichtlich des Aufkommens der Spielbankenabgabe verweist er auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage von Abg. Heinold zur Zukunft der Spielbanken, Drucksache 16/1867.

Auf eine Frage von Abg. Heinold teilt er mit, die HSH Nordbank führe Gespräche mit der Investitionsbank über eine Übernahme der Spielbanken. Der Übergang auf die Investitionsbank wäre unter den geltenden gesetzlichen Bestimmungen möglich (Aufrechterhaltung der öffentlichen Trägerschaft), ohne von der Absicht einer Privatisierung Abstand zu nehmen.

RL Liedtke macht darauf aufmerksam, dass aus Sicht der Glücksspielaufsicht einem Gesellschafterwechsel zugestimmt werden müsse.

Der Vorsitzende erklärt, die SPD-Fraktion sehe derzeit keinen Handlungsbedarf, das Spielbankengesetz zu ändern und von der öffentlich-rechtlichen Trägerschaft abzurücken.

Abg. Sauter begrüßt die Anhörung, von der er sich Vorschläge zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Spielbanken erhofft.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Gleiche Rechte, gleiche Pflichten - Ungleichbehandlung von in einer Lebenspartnerschaft lebenden Beamten im Landesdienst beseitigen**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1887

(überwiesen am 29. Februar 2008 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, zu dem FDP-Antrag bis Ende April schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Landesregierung wird gebeten darzulegen, wie die im Antrag angesprochenen Punkte der Beamtenbesoldung und -versorgung in den anderen norddeutschen Bundesländern geregelt sind.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Stand der Steuerfahndung und aktuelle Erkenntnisse über Ausmaß und Verfolgung der Liechtenstein-Affäre in Schleswig-Holstein**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/2919

St Dr. Wulff führt aus, der Einsatz nordrhein-westfälischer Steuerfahnder in Schleswig-Holstein sei rechtlich nicht zu beanstanden (Umdruck 16/2919). Bisher seien von den betroffenen schleswig-holsteinischen Steuersäumigen Abschlagszahlungen in Höhe von 4,5 Millionen € gezahlt worden. In Schleswig-Holstein seien im Jahr 2008 100 Steuerfahnder eingesetzt; der von Abg. Spoorendonk in der Plenardebatte angesprochene Personalrückgang im Jahr 2005 nach dem Personalaufwuchs im Jahr 2001 liege in der Abarbeitung der Bankenfälle begründet. Im Jahr 2007 habe die Arbeit der Steuerfahnder zu bestandskräftigen Mehrergebnissen in Höhe von 56 Millionen € geführt. Zur Optimierung der Steuerfahndung und der Betrugsbekämpfung werde eine Stabsstelle Steueraufsicht eingerichtet. Am 1. Januar 2008 habe das Personal-Soll in den Finanzämtern 3.838 Stellen betragen, das Personal-Ist 3.762 Vollzeitäquivalente, also eine Stellenbesetzung von 98 %. Damit habe sich Schleswig-Holstein beim Gesamtpersonalbestand der Steuerverwaltung im Bundesvergleich (Anzahl der Beschäftigten je 1.000 Einwohner) vom letzten Platz im Jahr 2001 auf den sechsten Platz im Jahr 2006 verbessert.

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk erwidert der Staatssekretär, für eine Übertragung der Steuerverwaltung der Länder auf den Bund gebe es keine Mehrheit. Auch die Betriebsprüfung und Steuerfahndung wolle man in der Hoheit des Landes behalten.

Abg. Schlosser-Keichel bittet darum, dem Finanzausschuss die Jahresbilanz der Steuerfahndung vorzulegen.

Abg. Heinold bittet das Finanzministerium darum, dem Ausschuss genauere Daten zu dem vom Staatssekretär angesprochenen Ländervergleich der Personalausstattung der Finanzverwaltung zukommen zu lassen. Außerdem bittet sie um eine Bewertung der in der Diskussion befindlichen Größenordnung von 11 Milliarden € Mehreinnahmen durch eine Zentralisierung der Steuerverwaltung beim Bund.

St Dr. Wulff macht darauf aufmerksam, das Bundesfinanzministerium habe die von einer Unternehmensberatung errechnete Zahl von 11 Milliarden € Mehreinnahmen bis auf eine Effizienzrendite von 500 Millionen € bisher nicht schlüssig nachweisen können.

Abg. Sauter äußert sich kritisch zu einer Zentralisierung der Finanzverwaltung beim Bund.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Erwartung, von der Landesregierung in der Sache auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/2816 - Fraunhofer-Institut in Lübeck  
Umdruck 16/2817 - Waisenrente  
Umdruck 16/2818 - Beihilfe  
Umdruck 16/2884 - Giftstoffe in der Lübecker Bucht  
Umdruck 16/2885 - Personalhaushalt der Hochschulen  
Umdruck 16/2889 - PERMIS  
Umdruck 16/2894 - Anwärtersonderzuschläge Justizvollzug  
Umdruck 16/2925 - Staatsanwaltschaftliche Vorprüfungen  
vertraulicher Umdruck 16/2858 - Partikeltherapiezentrum in Kiel

Der Finanzausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Zu Umdruck 16/2816 - **Fraunhofer-Institut** in Lübeck - möchte Abg. Dr. Klug vom Wissenschaftsministerium wissen, welche Kriterien für eine positive Evaluation im Jahr 2010 erfüllt werden müssten, wie hoch der Anteil der Landesmittel an der auf Seite 2 der Vorlage genannten Zuwendung in Höhe von insgesamt 9 Millionen € sei und inwieweit es Schwierigkeiten mit dem Standort infolge eines verzögerten Umzugs des Uniklinikums gebe.

Eine Frage von Abg. Dr. Klug zu Umdruck 16/2818 - **Beihilfeverordnung** - beantwortet St Dr. Wulff dahin, für ein etwaiges Haushaltsrisiko des Landes bei einer Aussetzung des Selbstbehalts in Höhe von 6 Millionen € jährlich werde keine Rücklage gebildet.

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, den Ausschuss in Sachen Bergung und Entsorgung von **Giftstoffen** in der **Lübecker Bucht** (Umdruck 16/2884) und insbesondere in der Frage einer Kostenbeteiligung des Bundes oder der Hansestadt Lübeck auf dem Laufenden zu halten.

Bei Umdruck 16/2885 - Veränderungen im Personalhaushalt der Hochschulen - wiederholt P Dr. Altmann die Kritik des Rechnungshofs an den **Stellenhebungen** der **Hochschulen**, die die Hochschulhaushalte bisher mit rund 700.000 € belastet hätten, und empfiehlt dem Haushaltsgesetzgeber, eine entsprechende haushaltsrechtliche Ermächtigung im Haushaltsgesetz 2009/2010 nicht vorzusehen, zumal sie im Widerspruch zu dem Beschluss des Landtages stehe, dass die Stellenpläne der Hochschulen verbindlich seien.

Der Vorsitzende unterstützt die Forderung des Landesrechnungshofs, eine entsprechende Ermächtigung im Haushaltsgesetz zu streichen.

Bei Umdruck 16/2889 - **PERMIS** - wiederholt St Dr. Wulff die Zusage der Landesregierung, die kommunalen Landesverbände in den Prozess einzubeziehen.

Zu Umdruck 16/2894 - **Anwärtersonderzuschläge** - möchte Abg. Heinold wissen, was eine Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge für die Beamtenanwärter des Justizvollzuges das Land jährlich kosten würde.

Eine Frage von Abg. Heinold zu Umdruck 16/2858 - **Zentrum für Partikeltherapie** - beantwortet St Dr. Wulff mit dem Hinweis auf die Gewährträgerhaftung des Landes.

Abg. Heinold legt Wert auf die Feststellung, dass das Land an den Betriebskosten des PTZ nicht beteiligt sei, sondern nur einspringen müsse, wenn sich das Projekt nicht trage.

Abg. Dr. Klug macht darauf aufmerksam, dass das Land aufgrund der mangelnden Wirtschaftlichkeit zumindest in den ersten Jahren den Fehlbetrag, der sich in erheblichen Dimensionen bewege, abdecken müsse.

P Dr. Altmann stellt klar, dass das Auslastungs- und Finanzierungsrisiko beim UK S-H und damit beim Land liege.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Finanzausschuss fasst ins Auge, am 10. Juli 2008 mit der **Bürgschaftsbank** und der **Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft** ein Gespräch im Landeshaus zu führen.
- b) Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, den Finanzausschuss über die finanziellen Auswirkungen des **Unterhaltsvorschussgesetzes** zu informieren.
- c) Der Vorsitzende mahnt zum wiederholten Mal eine Vorlage der Landesregierung zur Gegenfinanzierung der Mindereinnahmen beim **Erdölförderzins** an.
- d) Die im Terminplan ausgewiesenen Sitzungen des Finanzausschusses am 10. und 17. April 2008 finden nicht statt. Die nächste **Finanzausschusssitzung** findet am Donnerstag, dem 24. April 2008, in der Mittagspause der Plenarsitzung, um 13:30 Uhr, statt.
- e) Abg. Heinold wiederholt ihre Bitte an die Landesregierung, die in Umdruck 16/2776 angesprochenen **Kompensationsmaßnahmen** für die **Kommunen** näher darzulegen.
- f) St Dr. Wulff teilt mit, für den Einsatz der einheitlichen **Identifikationsnummer** in der **Steuerverwaltung** habe Schleswig-Holstein eine Fristverlängerung bis zum 30. September 2008 gewährt bekommen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer